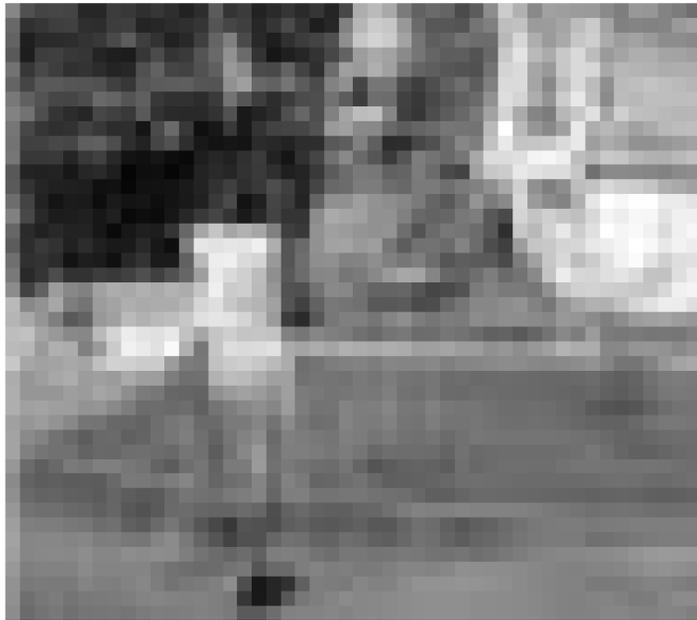


OBDACHLOSE

Open Air und hoffnungslos

Die Mehrheit der Obdachlosen hierzulande bilden Nicht-LuxemburgerInnen. Unter den Betroffenen sollen sich immer mehr Jugendliche befinden. Zahlen fehlen bislang.



Bahnhof als Heimat: Noch gibt es keine dauerhafte Lösung für die Obdachlosen. (Foto: Christian Mosar)

"Immer mehr Leute fallen durch das soziale Netz und landen auf der Straße." Diese nicht besonders neue Feststellung machte der Luxemburger Stadtschöffe Laurent Mosar am Freitag vergangener Woche, als die "Caritas Accueil et Solidarité" eine Bilanz ihrer Winteraktion 2002-2003 und des im vergangenen Jahr angelaufenen "Streetwork"-Programms zog. Die Zahl der Obdachlosen in Luxemburg sei durch die wirtschaftliche Flaute und die schwierige Situation auf dem Wohnungsmarkt gestiegen, resümiert die Caritas. Genauere Angaben über die Zahl der Obdachlosen im Land seien zwar nicht zu ermitteln, dafür jedoch über die Arbeit der Caritas-Dienste. Von der hätten von Oktober 2002 bis Juni 2003 insgesamt 859 Personen profitiert. Die Caritas war in diesem Zeitraum laut eigenen Angaben mehr als 2.500 Mal im Einsatz.

In Luxemburg leben zwischen 200 und 250 Menschen auf der Straße, schätzt der Caritas-Direktionsbeauftragte René Kneip. Ihnen zu helfen ist die Aufgabe von "Streetwork". Das Programm wird von "Caritas Accueil et Solidarité" verwaltet und ist in deren Dienststelle in Bonneweg untergebracht. Allein im Mai und Juni diesen Jahres betreuten die Streetworker - eine Sozialhelfe-

rin in Voll- und ein Sozialhelfer in Teilzeit - 244 Bedürftige in Bonneweg und im Bahnhofsviertel, den beiden sozialen Brennpunkten der Hauptstadt. Mit täglichen Bereitschaftsdiensten geben die Caritas-MitarbeiterInnen Orientierungshilfe bei der Kontaktaufnahme zu anderen sozialen Diensten und bei der Suche nach einem Dach über dem Kopf. Zudem erhält ihre Klientel eine Postadresse, über die diese ihre Sozialleistungen abwickeln lassen können. So meldeten sich bisher 123 Personen unter der Adresse 3, Dernier Sol an.

Einmal mehr bestätigt sich, wovor die einschlägigen Hilfsdienste schon seit längerem gewarnt haben: Die Obdachlosigkeit trifft immer mehr jüngere Menschen. Sogar eine 13-Jährige habe man bereits in der Szene aufgegriffen, berichtete die zuständige Ministerin Marie-Josée Jacobs.

Hauptproblem Drogen

"Das liegt zum Teil an den auseinander brechenden Familienstrukturen", erklärt Renato Cescutti, Leiter des Bonneweger Nachtfoyers "Ulysse", gegenüber der woxx, zum anderen aber auch an der im Großherzogtum herrschenden Wohnungsnot.

Doch auch was den Anteil der Jugendlichen unter den Obdachlosen angeht, liegen keine genauen Zahlen vor. Die gibt es hingegen zu den Herkunftsländern der Betroffenen: Die meisten Personen, die sich von Januar bis Juni diesen Jahres im "Centre Accueil et Solidarité" in Bonneweg meldeten, stammen aus Luxemburg. Mit 74 Personen sind sie zwar die größte Gruppe, insgesamt stellen sie jedoch nur 40 Prozent dar. Dagegen kamen 46 Prozent aus dem EU-Ausland und 13,5 Prozent aus Nicht-EU-Ländern. Bei denjenigen, die im ersten Halbjahr das "Streetwork"-Programm nutzten, standen 119 LuxemburgerInnen 158 AusländerInnen gegenüber, wovon die größte Gruppe die PortugiesInnen mit 62 Personen bildeten. Obdachlosigkeit stellt somit vor allem ein Problem dar, unter dem ImmigrantInnen zu leiden haben. "Die wenigsten sind bereits mit ihren Problemen nach Luxemburg gekommen", so

Cescutti. Auf die schiefe Bahn gerieten sie erst später.

In einer anderen Statistik der Caritas sind auch die hauptsächlichen Probleme der Personen aufgeführt, um die sich die "Streetworker" kümmern mussten. Die größte Problemgruppe bildeten dabei die Drogenabhängigen (134 Personen) - für "InsiderInnen" von Drogenberatungsstellen wie Abrigado oder der Jugend- an Drogenhelfer kein Wunder: Luxemburg verzeichnet neben Italien, Portugal und dem Vereinigten Königreich prozentual die meisten Drogenabhängigen. "Das Problem ist immer noch tabu in Luxemburg", konstatierte kürzlich Tom Schlechter von Abrigado Szene-Kontakt. Die vom Gesundheitsministerium finanzierten Organisation empfängt in ihrem Container am Bahnhof der Stadt Luxemburg täglich mehr als 60 KlientInnen. Was fehlt, darüber waren sich die Abrigado-MitarbeiterInnen bei der Vorstellung ihres Jahresberichts 2002 Ende Juli einig, ist eine Notaufnahme für Drogenabhängige inklusive Übernachtungsmöglichkeiten, also eine Fixerstube plus Nachtfoyer. Denn Drogenabhängige werden vom Foyer "Ulysse" nicht aufgenommen. "Ich erinnere an die Fixerstube", sagte Ministerin Marie-Josée Jacobs in diesem Zusammenhang bei der Caritas-Pressekonferenz. Ihre Anspielung galt dem geplanten Foyer in der Hollericher Straße, das jedoch von der Stadt Luxemburg blockiert wurde. Wenn man keine Infrastrukturen für die Drogenabhängigen biete, so Jacobs weiter, müsse man damit rechnen, dass diese Menschen auf der Straße landen. Dabei plädierte sie für dezentrale Strukturen: Damit werde verhindert, dass die Problematik sich auf einige wenige Viertel in der Hauptstadt konzentrierte. Um das zu verwirklichen, müssten die Gemeinden mehr Verantwortung übernehmen.

Unterdessen warb Jacobs CSV-Parteikollege Mosar um Verständnis für die AnwohnerInnen. Von deren Seite hatte es immer wieder Beschwerden über das Caritas-Foyer in Bonneweg gegeben. "Wer nicht will, dass Toiletten aufgebaut werden, darf sich nicht wundern, dass Obdachlose ihre menschlichen Bedürfnisse in Gärten erledigen", meinte die Ministerin dazu. Und René Kneip ergänzte: "Die Hemmschwellen bei den Anwohnern müssen abgebaut werden." Durch die Schaffung weiterer Anlaufstellen allein könne man dem Problem nicht beikommen. Für die spezifischen Probleme der Obdachlosen bedürfe es spezifischer Lösungen, so der Caritas-Direktionsbeauftragte.

Ob diese dann auch gefunden werden, hängt nicht zuletzt vom Willen der PolitikerInnen ab. Bei denen besitzen die Obdachlosen schlechte Karten. "Solange die Politiker nicht unter dem Druck ihrer Wähler stehen, handeln sie nicht", so Abrigado-Chef Schlechter. Zwar herrscht Einvernehmen darüber, dass diese im kommenden Winter nicht wie im vergangenen Jahr von einem Provisorium zum anderen geschickt werden. Die Familienministerin weiß jedoch: "Mit diesem Thema gewinnt man keine Wahlen."

Stefan Kunzmann

Le climat contre le nucléaire

Depuis plusieurs années le lobby nucléaire français profite de l'inquiétude du grand public devant le changement climatique pour expliquer que le nucléaire est une énergie "propre", c'est-à-dire sans rejets de CO2. En automne, l'Assemblée nationale devait mettre en route un nouveau programme de construction de centrales, afin d'assurer l'approvisionnement énergétique de la France. Or cet été, ce sont les sauts d'humeur du climat qui mettent en évidence une des faiblesses de la technologie nucléaire: elle a besoin de grandes quantités d'eau de refroidissement. Alors que la température des fleuves a augmenté et leur débit diminué, certaines centrales ont été obligées de tourner au ralenti, engendrant des risques de pénurie et de coupures de courant. Un comble: le tout-nucléaire tant vanté conduirait à un retour aux bougies.

Pour éviter cela, le gouvernement français a accordé pour plusieurs centrales des dérogations concernant la température de rejet de l'eau. Conséquence: la température de l'eau des fleuves augmentera encore, avec des dégâts écologiques substantiels. Un communiqué du réseau "Sortir du nucléaire" cite un rapport officiel sur la centrale du Bugey de 1999: "... à 29 degrés on assiste à l'effondrement des espèces." 29 degrés, c'est précisément la valeur permise par la dérogation accordée. Le réseau dénonce "la dramatique faiblesse de la France nucléaire" appelant à abandonner le nouveau programme nucléaire et à développer les économies d'énergie et les énergies alternatives. Une maigre consolation: la centrale de Cattenom, située au bord de la Moselle, n'est pas concernée par les dérogations ... pour l'instant.

Sozis auf Ökowegen

Die sechs größten Gemeinden haben sich bislang kritisch bis negativ zum "sektoriellen Plan für Mobilfunknetze" geäußert. Über dieses großherzogliche Reglement können GSM-Antennen, die nicht in dafür ausgewiesenen Zonen errichtet wurden, im Schnellverfahren reguliert werden. Unter anderem Remich, Mondorf, Differdange, Beaufort, Beckerich, Bascharage und Wormeldange haben eindeutig negative Gutachten zu dem im Frühjahr von Innenminister Wolter vorgestellten Plan vorgelegt. Demgegenüber stehen allerdings eine Fülle von positiven Gutachten. In den meisten Fällen äußerten die Gemeinden Bedenken, dass die Mobilfunkantennen zu nah an den Wohngebieten zu stehen kämen.

Am Dienstag dieser Woche forderte nun die LSAP die Rücknahme des Regierungsentwurfs. Der Plan begnüge sich damit, "den wirtschaftlichen Interessen der Anbieter Folge zu leisten". Den Gemeinden würde darin, die Entscheidungsgewalt entzogen. Auch die Notwendigkeit, UMTS-Netze als "utilité publique" einzustufen, wird von der LSAP scharf kritisiert. Zudem sei dem Prinzip der Vorsorge in Sachen Gesundheitsauflagen nicht Rechnung getragen worden. Nur einer will da nicht mitmachen: Robert Goebbels stimmte dem kritischen Gutachten der Stadt Luxemburg nicht zu. Im Text sei eine prinzipielle Technologiefeindlichkeit anzutreffen, so das LSAP-Gemeinderatsmitglied.

Kölner Kessel gegen GrenzcampnerInnen

Mehr als 600 TeilnehmerInnen hatten sich in der vergangenen Woche zum antirassistischen Grenzcamp in den Kölner Rheinwiesen getroffen. Noch größer war das Heer von PolizistInnen, die das Camp umzingelten und die DemonstrantInnen nach stundenlangem Einkesselung zur erkennungsdienstlichen Behandlung in die Polizeistelle Brühl transportierten.

Die CampteilnehmerInnen hatten gegen verschiedene Einrichtungen demonstriert, die ihrer Meinung nach zur Ausgrenzung von Flüchtlingen beitragen, so zum Beispiel gegen das Ausländerzentralregister in Köln, wo die Daten sämtlicher AsylbewerberInnen in Deutschland gesammelt werden, sowie gegen die Internationale Organisation für Migration (IOM), die für die Rückkehr von Flüchtlingen in ihre Herkunftsländer zuständig ist. Die Aktionen verliefen nach Informationen der VeranstalterInnen friedlich. Die Pressestelle der Polizei sprach hingegen von einer Reihe von Straftaten, die von dem Camp ausgegangen seien. Die Festgenommenen waren kurze Zeit nach ihrer Festnahme wieder auf freiem Fuß.

